

# A m t s - B l a t t

## der Königlischen Regierung zu Breslau.

Stück 6.

Breslau, den 5. Februar

1864.

### N e d e

des Herrn Minister-Präsidenten v. Bismarck bei Schließung der Landtags-Session am 25. Januar 1864.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchst Ihrem Namen zu schließen.

Bei der Eröffnung der Sitzungs-Periode wurde von des Königs Majestät der dringende Wunsch kund gegeben, die zwischen Allerhöchst Ihrer Regierung und einem Theile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnisse ausgeglichen zu sehen. Dieser Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen, obwohl die Regierung Seiner Majestät es an entgegenkommenden Schritten nicht hat fehlen lassen.

Das Haus der Abgeordneten hat an demselben Standpunkte festgehalten, welcher zur Auflösung des letzten Hauses vor Ihnen führte. In angeblicher Vertheidigung verfassungsmäßiger Rechte hat es eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche den unverkennbaren Stempel des Strebens an sich tragen, diese Rechte ohne Rücksicht auf die Gleichberechtigung der übrigen Staatsgewalten und ohne Rücksicht auf das Wohl und die Interessen des Landes auszuüben.

Durch Ablehnung des Gesegentwurfes Behufs Ergänzung des Artikel 99 der Verfassungs-Urkunde hat das Abgeordnetenhaus den Versuch zurückgewiesen, der Wiederkehr eines budgetlosen Zustandes ohne Beeinträchtigung der Rechte der Krone, wie der Landesvertretung vorzubeugen.

Dasselbe Haus hat den Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1863, wenngleich ihm zur verfassungsmäßigen Prüfung und Beschlussfassung über denselben bis zum Ablaufe des verflossenen Jahres noch eine ausreichende Zeit zu Gebote stand, gar nicht in Berathung gezogen; dagegen hat es in dem Etat für das eben begonnene Jahr nicht bloß mehrere für die Bedürfnisse der Verwaltung unentbehrliche Dispositionsfonds gestrichen, sondern es hat auch in Bezug auf den Militair-Etat diejenigen Beschlüsse des früheren Hauses erneuert, mit deren Ausführung das preussische Heer der Schwächung und Zerrüttung preisgegeben sein würde. Es hat diese Beschlüsse gefaßt ohne Vorberathung des Gesegentwurfes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, dessen Vorlegung das frühere Haus zur Vorbedingung seiner Berathung des Militair-Etats gemacht hatte.

Durch diese Beschlüsse ist das Herrenhaus von Neuem veranlaßt worden, in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes, den ganzen Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1864, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen war, zu verwerfen.

Dem Beschlusse des Hauses der Abgeordneten wegen Aufhebung der gegen einzelne Mitglieder desselben verhängten gerichtlichen Untersuchungshaft hat die Regierung, im Hinblick auf die betreffenden Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde, Folge gegeben.

Es kann aber nicht die Meinung der Regierung sein, daß es dem Ansehen der öffentlichen Rechtspflege und der Würde des Hauses entspreche, wenn dasselbe solchen Abgeordneten, gegen welche schon vor ihrer Wahl wegen hochverrätherischer Unternehmungen die Untersuchungshaft von dem zuständigen Gerichtshofe verfügt worden ist, die Theilnahme an den Berathungen des Hauses ermöglicht und dadurch den Schein einer Parteinahme für die gegen die äußere und innere Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen der polnischen Insurrektion auf sich ladet.

Zur Ausführung der vom deutschen Bunde beschlossenen Exekution in Holstein und zur Wahrung der Machtstellung und Ehre Preußens in der weiteren Entwicklung dieses Streites bedurfte und bedarf die Regierung Seiner Majestät außerordentlicher Mittel für die Militair- und Marine-Vermaltung. Während das Herrenhaus in einer Adresse an des Königs Majestät seine vertrauensvolle Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Krone in dieser ersten Frage ausgesprochen hat, ist von dem Hause der Abgeordneten die er-

forderte Genehmigung zu einer Anleihe versagt und sogar die Bewilligung desjenigen Geldbedarfs verweigert worden, welchen Preußen als Mitglied des deutschen Bundes beizutragen unzweifelhaft verpflichtet ist. Indem das Haus diesen Beschluß faßte, ist es um so entschiedener mit der vertrauensvollen Gesinnung in Widerspruch getreten, von welcher das preussische Volk für seine Könige jederzeit beseelt war, als des Königs Majestät in der Allerhöchsten Antwort vom 27. v. M. auf die Adresse des Hauses seine Gesinnung und sein königliches Wort als Bürgschaft dafür hingestellt hatte, daß die beantragten Geldmittel zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes verwandt werden würden. Der feindselige Charakter dieser Beschlüsse, in welchen sich das Bestreben ausdrückt, die auswärtige Politik der Regierung einem verfassungswidrigen Zwange zu unterwerfen, ist durch Resolutionen erhöht worden, durch welche die Mehrheit des Hauses der Abgeordneten in der von ihr willkürlich aufgestellten Voraussetzung kriegerischer Verwickelungen zwischen Preußen und anderen deutschen Staaten im Voraus gegen das preussische Vaterland Partei nimmt.

Ein solches Auftreten des Hauses der Abgeordneten kann auf die Befestigung und Entwicklung unserer Verfassungs-Zustände nur verderblich einwirken, und es muß einstweilen auf die Hoffnung einer Verständigung verzichtet werden. Die Regierung Seiner Majestät wird sich aber unter allen Umständen für verpflichtet halten müssen, mit ganzer Kraft und in voller Ausübung der königlichen Rechte für die Erhaltung des Staats und für das Wohl und die Ehre Preußens einzustehen. Sie hält an der Ueberzeugung fest, daß sie hierbei in der patriotischen Gesinnung des Landes eine ausreichende und wachsende Unterstützung finden werde.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Central- u. Behörden.

Betreffend die neunte Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855.

(68) In der gestern und heute öffentlich bewirkten neunten Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind auf diejenigen 2000 Schuldverschreibungen, welche zu den am 15. September v. J. gezogenen 20 Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

Die Besitzer dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den Betrag der Prämien vom 1. April d. J. ab täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der drei letzten Tage jedes Monats, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr bei der Staatsschulden-Zilgungskasse hieselbst, Dantienstraße Nr. 94, gegen Quittung, wozu Formulare daselbst unentgeltlich verabfolgt werden, und gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen nebst den dazu gehörigen Coupons Ser. II. Nr. 1 bis 8 über die Zinsen vom 1. April 1863 ab nebst Talons, welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird vom Prämienbetrage zurückbehalten.

Auswärtige, welche die Prämien bei einer Regierungshauptkasse in Empfang zu nehmen wünschen, haben dieser die Schuldverschreibungen vom 1. März d. J. ab einzureichen, und können bei derselben sodann den Betrag der Prämien vom 1. April d. J. ab gegen eine den Empfang aus der Staatsschulden-Zilgungskasse bescheinigende Quittung erheben.

In einem Schriftwechsel wegen der Prämien-Auszahlung können wir uns nicht einlassen, und es werden daher Eingaben, welche diesen Gegenstand betreffen, ohne Weiteres portopflichtig zurückgesandt, beziehungsweise unbeantwortet gelassen werden.

Aus bereits früher verloosten und gekündigten Serien, und zwar aus

- |       |        |        |                            |                            |        |                            |        |                            |                            |        |        |        |        |                            |      |      |
|-------|--------|--------|----------------------------|----------------------------|--------|----------------------------|--------|----------------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|----------------------------|------|------|
| Serie | 1,279. | 1,328. | 1,441.                     | (1te Verloosung für 1856.) |        |                            |        |                            |                            |        |        |        |        |                            |      |      |
| -     | 169.   | 390.   | 722.                       | (2te Verloosung für 1857.) |        |                            |        |                            |                            |        |        |        |        |                            |      |      |
| -     | 162.   | 789.   | (3te Verloosung für 1858.) |                            |        |                            |        |                            |                            |        |        |        |        |                            |      |      |
| -     | 106.   | 279.   | 483.                       | 547.                       | 555.   | (4te Verloosung für 1859.) |        |                            |                            |        |        |        |        |                            |      |      |
| -     | 174.   | 339.   | 834.                       | 837.                       | 846.   | (5te Verloosung für 1860.) |        |                            |                            |        |        |        |        |                            |      |      |
| -     | 1.     | 9.     | 63.                        | 100.                       | 233.   | 261.                       | 344.   | 362.                       | 379.                       | 416.   | 424.   | 414.   | 572.   | 711.                       | 724. | 848. |
| -     | 849.   | 949.   | 1,086.                     | 1,159.                     | 1,306. | 1,311.                     | 1,404. | 1,485.                     | (6te Verloosung für 1861.) |        |        |        |        |                            |      |      |
| -     | 179.   | 296.   | 442.                       | 500.                       | 1,215. | 1,344.                     | 1,479. | (7te Verloosung für 1862.) |                            |        |        |        |        |                            |      |      |
| -     | 52.    | 144.   | 184.                       | 203.                       | 217.   | 241.                       | 315.   | 394.                       | 432.                       | 446.   | 477.   | 502.   | 551.   | 637.                       | 660. |      |
| -     | 676.   | 729.   | 748.                       | 851.                       | 858.   | 977.                       | 985.   | 1,019.                     | 1,357.                     | 1,402. | 1,424. | 1,454. | 1,484. | (8te Verloosung für 1863.) |      |      |

sind viele Schuldverschreibungen bis jetzt noch nicht realisirt. Die Inhaber derselben werden zur Vermehrung weiteren Zinsverlustes an die baldige Erhebung ihrer Kapitalien erinnert.

Berlin, den 16. Januar 1864.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

von Wedell. Gamet. Löwe. Meinecke.

Indem wir vorstehende Bekanntmachung der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden hierdurch zur Kenntniss des Publikums bringen, machen wir von Neuem auf die Nachteile und Verluste aufmerksam, welche den dabei Theilhabenden in dem Falle erwachsen, wenn die Beträge der jetzt oder schon früher ausgelassenen Schuldverschreibungen nicht rechtzeitig in Empfang genommen werden, indem die über die zur Erhebung festgesetzten Termine fortbezogenen Zinsen zurückerstattet werden müssen.

Ein Verzeichniß der jetzt oder schon früher ausgelassenen Schuldverschreibungen, wie solches diesem Stücke des Amtsblattes beigegeben, liegt außerdem in unserer Hauptkassette, in unserer Instituten-Hauptkassette, in den Bureaus des hiesigen Königl. Polizei-Präsidenten, der Landraths-Ämter, der Kreis-Steuer- und anderen von uns ressortirenden Kassen, in den Amts-Exakten der Magistrats- und deren Kammerei-Kassen zur Einsicht vor, wie auch ferner noch ein solches hier in Breslau in dem Kontrol-Bureau für Staatspapiere der Banquiers Schreyer und Eisener, Ring Nr. 37, zu gleichem Zwecke ausgelegt ist.

Breslau, den 1. Februar 1864.

Königliche Regierung.

(63) Auf Grund des § 16 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 habe ich beschlossen, die im § 35 der Polizei-Verordnung für die Stadt Breslau vom 20. September 1852 enthaltene Bestimmung, nach welcher Schrottleitern nie an die Wagen besetzt sein, und nieder aufrecht aufgebunden, noch hinter den Wagen geschleppt, sondern nur auf dieselben gelegt und gehörig besetzt werden dürfen,

da dieses Verbot einen durch ordnungs- oder sicherheitspolizeiliche Gründe nicht hinreichend gerechtfertigten Eingriff in die Freiheit des öffentlichen Verkehrs enthält, überdies den Zweck nur unvollkommen erreicht, und da den sicherheits- und ordnungspolizeilichen Interessen in anderer, den Verkehr viel weniger beschränkender Weise Genüge gethan werden kann,

wie hiermit geschieht, außer Kraft zu setzen.

Berlin, den 30. September 1863.

(Beschluss.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: gen. Sulzer.

(61) In dem Postverkehr mit den nach Schleswig-Holstein abgerückten Preussischen Truppen werden vermittelst der Feldpost und frei von Porto befördert:

Gewöhnliche Briefe und Geldbriefe mit befristeten Einlagen bis 50 Rthlr. einschließlich.

Die Adresse muß den Vermerk: „Feldpostbrief“ tragen und bei Sendungen an Militärs und Militär-Beamte genau angeben, zu welchem Regimente, welchem Bataillon, welcher Kompagnie (oder sonstigem Truppentheile) der Empfänger gehört, welchen Grad und Charakter oder welches Amt bei der Militär-Verwaltung derselbe hat.

Ein Bestimmungsort braucht bei den nach jenen Truppentheilen gerichteten gewöhnlichen Briefen und Geldbriefen nicht angegeben zu sein, da die sämmtlichen Preussischen Post-Anstalten nach Instruktion die Sendungen nach gewissen Punkten zu leiten haben, von wo die Ueberführung auf die Preussische Feldpost — für den betreffenden Truppentheil — weiter stattfindet.

Privat-Bäckereien können zwar im Feldpostdienste nicht besorgt werden; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß dergleichen Sendungen durch die gewöhnlichen Lokal- und Landes-Post-Anstalten erfolgen. Bei solchen Sendungen muß der Bestimmungsort, wo die Abnahme erfolgen soll, vom Absender angegeben sein; kann der Adressat die Abnahme dort nicht bewirken, so muß derselbe wegen der Nachsendung weitere Bestimmung treffen.

Berlin, den 21. Januar 1864.

General-Post-Amt.

gen. Philippborn.

(65) Von den alten Banknoten à 10 Rthlr. und 25 Rthlr. ist unserer vielfachen Aufforderungen ungeachtet ein erheblicher Theil noch immer nicht eingegangen. Wir fordern deshalb zu deren schleunigen Einreichung nochmals auf, und warnen vor deren Annahme, da noch neuerdings falsche Noten der Art mehrfach zum Vorschein gekommen sind.

Berlin, den 22. Januar 1864.

Königlich Preussisches Haupt-Bank-Direktorium.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

(67) In Folge höherer Anordnung werden alle diejenigen bei der Ersatz-Aushebung konkurirenden seeschiffahrtstreibenden Militärschiffen, welche durch die Herren Civil-Vorsitzenden der Kreis-Ersatz-

Kommissionen von der persönlichen Bestellung im 1. oder 2. resp. im 1. und 2. Konkurrenzjahre entbunden worden sind, hierdurch aufgefordert, sich behufs ihrer Musterung sofort vor der Ersag-Behörde zu stellen, und zu diesem Zweck sich bei dem Herrn Civil-Vorsitzenden der Kreis-Ersag-Kommission ihres zeitigen Aufenthaltsortes zu melden.

Breslau, den 30. Januar 1864.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern

### Verordnungen und Bekanntmachungen anderer Behörden etc.

(62) Zum 1. Februar c. werden aufgehoben werden:

1) die Personenpost zwischen Festenberg und Müllisch über Wirschowitz, und

2) die Botenpost zwischen Festenberg und Rudelsdorf.

Von demselben Termine ab werden eingerichtet werden:

1) eine täglich zweimalige Botenpost zwischen Müllisch und Wirschowitz, aus Müllisch um 5 Uhr früh und 2 Uhr 30 Min. Nachmittags, aus Wirschowitz um 7 Uhr 30 Min. Vormittags und 6 Uhr 30 Min. Abends, Beförderungszeit 1 Stunde 30 Minuten, zum Anschluß in Müllisch an die Personenposten zwischen Breslau und Krotoschin;

2) eine tägliche Personenpost zwischen Festenberg und Rudelsdorf, aus Festenberg um 11 Uhr 15 Min. Vormittags, aus Rudelsdorf um 2 Uhr 15 Min. Nachmittags, Beförderungszeit 1 Stunde 30 Min., zum Anschluß in Rudelsdorf an die Personenpost zwischen Ostrowo und Dels (Breslau etc.).

Das Personengeld bei letzter Post beträgt 6 Sgr. pro Person und Meile; 30 Pfund Passagiergepäck sind frei. Verschaffen werden in Festenberg und in Rudelsdorf gestellt.

Breslau, den 27. Januar 1864.

Der Ober-Post-Direktor. gez. Schröder.

(66) Bei den Personenposten zwischen Breslau und Trebnitz ist vor dem Wirthshause in Kapsdorf eine Haltestelle eingerichtet und die Entfernung von derselben

nach der Haltestelle in Schön-Ellgut auf  $\frac{1}{2}$  Meile, nach der Haltestelle in Hühnern auf  $\frac{1}{4}$  Meile festgesetzt worden.

Breslau, den 27. Januar 1864.

Der Ober-Post-Direktor. Schröder.

(37) Die im § 23 alin. 2 des Betriebs-Reglements für die Staats- und unter Staats-Verwaltung stehenden Eisenbahnen vom 17. Februar 1862 enthaltene Bestimmung:

wonach die Angabe eines bestimmten Betrages, als des Interesses der rechtzeitigen Ablieferung bei Güter-Sendungen durch eine dem Frachtbriefe beizulegende besondere schriftliche Erklärung auf grünem Papier erfolgen soll,

ist aufgehoben und im Bereiche unserer Verwaltung außer Kraft getreten.

Die Interesse-Deklaration hat fortan durch Eintragung des deklarirten Betrages in die Frachtbrief-Formulare selbst zu erfolgen, in welchen zu dem Behufe auf der Rückseite, und zwar zwischen den Rubriken für höhere Werths-Deklaration und Notirung der Nachnahme, eine schwarz eingefasste Rubrik für Interesse-Deklaration eingeschaltet worden ist.

Wir haben unsere Güter-Expeditionen jedoch angewiesen, die seither im Gebrauch befindlich gewesenen Frachtbrief-Formulare, sofern eine Deklaration des Interesses rechtzeitiger Ablieferung nicht stattfindet, bis auf Weiteres noch anzunehmen.

Berlin, den 13. Januar 1864.

Königl. Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

(42) Die Berechnung des für die höhere Werths-Deklaration bei Güter-Sendungen in Gemäßheit des § 23 alin. 3 des Betriebs-Reglements für die Staats- und unter Staats-Verwaltung stehenden Eisenbahnen vom 17. Februar 1862 zu erhebenden Frachtaufschlages erfolgt bei der diesseitigen Eisenbahn vom 1. Februar d. J. ab von dem ganzen Betrage des deklarirten Werthes in der Art, daß für jede, wenn auch nur angefangenen 20 Meilen  $\frac{1}{10}$  pro Mille erhoben wird. Als Minimal-Zuschlag kommt 1 Sgr. zur Berechnung. Erreicht der deklarirte Werth den im § 23 alin. 2 des Betriebs-Reglements ausgeworfenen Normal-Entschädigungs-Satz (20 Thaler pro Centner) nicht, so wird kein Frachtaufschlag erhoben.

Der § 19 unseres Güter-Tarifes vom 1. März 1862 wird hierdurch modifizirt.

Berlin, den 14. Januar 1864.

Königl. Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

(64) 1. Die diesjährige Aufnahme-Prüfung siebzehnjähriger Schulpraparanden findet den 17., 18. und 19. März statt, und haben sich die Prüflinge am 17. früh um 6 Uhr mit Schreibmaterial versehen in dem Prüfungs-Saale der Anstalt einzufinden, ohne sich vorher persönlich den Seminarlehrern vorgestellt zu haben, da dies die an den unmittelbar vorgehenden Tagen abzuhaltende Abiturienten-Prüfung unmöglich

macht. Bis zum 10. März sind behufs Zulassung zur Prüfung folgende stempelfreie Schriftstücke an das Seminar einzuschicken:

Das Taufzeugniß, der Kommunionsschein, das ärztliche Attest von dem königlichen Kreis-Physikus, das Wiederimpfungs-Attest, ein vom Schulrevisor und Schulinспекtor vollzogenes Zeugniß des Präparandenlehrers über Fleiß, Kenntnisse und Führung, eine von der Ortsbehörde beglaubigte Erklärung der Angehörigen bezüglich der Unterhaltungskosten während des dreijährigen Aufenthalts im Seminar, endlich der von dem Präparanden selbst angefertigte Lebenslauf, auf dessen Titelblatte die nöthigen Personalien zusammengefaßt sein müssen.

II. Die Rektorats- und Kommissions-Prüfung trifft am 30. und 31. März, 1. und 2. April; die schriftlichen Arbeiten werden am ersignannten Tage von früh 6 Uhr ab angefertigt. Zu beiden Prüfungen ist die Genehmigung des königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums rechtzeitig nachzusuchen, und zwar von den Rektorats-Kandidaten auf vorschristsmäßigem Stempelbogen unter Beischluß des Universitäts-Abgangs-Zeugnisses, sowie des Lebenslaufes, während die Kommissions-Prüflinge, die zur Zeit der Prüfung das 19te Lebensjahr vollendet haben müssen, ihrem stempelfreien Gesuche das Taufzeugniß, das Attest vom königlichen Kreis-Physikus, den Lebenslauf, so wie die nöthigen Ausweise über ihre Vorbildung und sittliche Führung beizufügen haben.

III. Die Wiederholungs-Prüfung für die wenigstens zwei Jahre im Lehramte befindlichen Adjunkten wird am 5., 6., 7. und 8. April abgehalten, und zwar ist Dienstag der 5. von Morgens 6 Uhr ab zur Anfertigung der schriftlichen Arbeiten bestimmt. Den Anmeldungs-schreiben, die bis spätestens den 30. März an das Seminar zu richten sind, sollen das Abiturienten- oder Kommissionsprüfungs-Zeugniß und die Atteste über die bisherige Amtsführung beige-schlossen sein.

IV. Für die Lehrerinnen-Prüfung ist der 2., 3. und 4. Mai angesetzt, der erste Tag zu den schriftlichen Arbeiten. Die Kandidatinnen haben ihrem Zulassungs-gesuche an das königliche Provinzial-Schul-Kollegium das Taufzeugniß — denn nur solche dürfen zugelassen werden, die das 18te Lebensjahr zurückgelegt haben — ferner das Zeugniß über genossene Vorbildung und sittliche Führung und den von ihnen selbst gefertigten Lebenslauf beizulegen.

Breslau, den 17. Januar 1864.

Der Direktor des königlichen katholischen Schullehrer-Seminar.

Marcks.

## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

### Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Angestellt: 1) Der Sergeant Johann Winterstein vom 18ten Infanterie-Regiment als Kreisbote des Breslauer Kreises.

2) Der invalide Sergeant Pohl vom vierten Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 30 als Kreisbote zu Steinau a. d. D.

### Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Provisorisch übernommen hat an Stelle des am 4. Dezember pr. verstorbenen Direktors der katholischen Schullehrer-Witwen- und Waisen-Pensions-Anstalt, Erzpriesters Zimmer, der Seminar-Direktor a. D. und Pfarrer bei St. Adalbert zu Breslau, Hc. Baucke, die Verwaltung der Anstalt.

Bestätigt: 1) Die Vakation für den bisherigen interimistischen Lehrer Julius Eisner zum zweiten Lehrer an der evangelischen Schule zu Ganth, Kreis Neumarkt.

2) Die Vakation für den bisherigen katholischen Schullehrer in Heidelberg, Kreis Habelschwerdt, Franz Winkrant, zum Glöckner an der Minoriten-Kirche in Olag.

Ertheilt widerruflich dem Lehrer Heymann Zülzer die Konzeßion zur Errichtung einer jüdischen Privat-Elementar-Schule zu Breslau.

### Königliches Konsistorium für die Provinz Schlesien.

Ertheilt: Das Zeugniß der Wählbarkeit zum geistlichen Amte in der evangelischen Kirche folgenden Kandidaten des Predigtamts:

1) Karl Theodor Reinhold Döring aus Breslau, 26 $\frac{1}{12}$  Jahr alt; 2) Andreas Eduard Fenz aus Dels, 30 $\frac{1}{4}$  Jahr alt; 3) Johannes Leberecht Lua aus Sachsendorf, Kreis Lebus, 27 $\frac{1}{2}$  Jahr alt; 4) Gottlob Bruno Paul Schulze aus Schlöchingshelm, 25 $\frac{9}{12}$  Jahr alt; 5) Johann Ernst Schulze aus Sohrneundorf, Kreis Görlitz, 28 $\frac{5}{12}$  Jahr alt; 6) Karl August Gottlieb Ehan aus Ostrowo, 24 $\frac{6}{12}$  Jahr alt; 7) Theodor Wilhelm August Winkler aus Jedlitz, Kreis Ohlau, 25 $\frac{11}{12}$  Jahr alt.



**Königliches Appellations-Gericht zu Breslau.**  
Bestätigt im Schiedsmanns-Amte:

Amtsbezirk.	Bezirks-Nr.	Name.	Charakter.	Wohnort.
<b>Stadt Breslau.</b>				
Grüne Baum-	20	Neugebauer, Paul	Kaufmann	Dhlauerstraße Nr. 47.
Neue Scheitniger-	31	Kimmel, Heinrich	Branntweinbrenner	Ufergasse Nr. 27.
2. Schweißnitzer Anger.	45	Franke, Bruno Franz	Kaufmann	Gartenstraße Nr. 20.
<b>Kreis Gabelschwerdt.</b>				
Martinsberg und Weißwasser	36	Ulrich, Ferdinand	Stückmann	Martinsberg.
Lauterbach	33	Wendler, Ignaz	Bauer	Lauterbach.
Marienthal	35	Süss, Franz	Stückmann	Marienthal.
Kleffengrund	24	Grägor, Anton	Stückmann	Kleffengrund.
<b>Kreis Schweidnitz.</b>				
Zobten	1	Wunderlich, Heinrich	Bürgermeister a. D.	Zobten.
<b>Kreis Waldenburg.</b>				
Dornhau u. Kaltwasser	28	Haade, Karl	Handelsmann	Dornhau.

**Königliche Ober-Post-Direktion.**

Angestellt: Der Post-Expediten-Anwärter Spiller als Post-Expedit in Wohlau.

Versezt: 1) Die Post-Expediten Klaus von Bischofsburg nach Olag, Schulz von Olag nach Breslau. 2) Die Post-Expediten Gellrich von Leubus nach Herrnstadt und Berndt von Herrnstadt nach Leubus. 3) Der Eisenbahn-Post-Kondukteur Gänther von Oppeln nach Breslau.

**Vermischte Nachrichten.**

**Erledigte Schulstellen:** 1) Die evangelische Lehrerstelle in Fürstlich-Kleffen, Kreis Wartenberg, ist vakant. Das Einkommen derselben ist auf 175 Rthlr. abgeschätzt. Voehrungsberechtigt ist die Herzogliche Kammer zu Dels.

2) Die evangelische Lehrerstelle in Schönheide, Kreis Frankenstein, ist vakant. Das mit derselben verbundene Einkommen ist auf 224 Rthlr. abgeschätzt. Voehrungsberechtigt ist das Dominium.

**Vermächtniß:** Die Zimmermeister Ischodschschen Erben zu Breslau haben das in Folge mündlicher Anordnung des Erblassers der Blinden-Unterrichts-Anstalt daselbst ausgesetzte Vermächtniß von 100 Rthlr. eingezahlt.

**Schwurgerichts-Sitzung:** Der Schwurgerichtshof zu Breslau wird seine zweite Sitzung im Jahre 1864 in der Zeit vom 22. Februar bis etwa zum 5. März im Schwurgerichts-Saale des Stadtgerichtsgebäudes abhalten. Ausgeschlossen von dem Zutritte zu den öffentlichen Verhandlungen sind untheilhabige Personen, welche unerwachsen sind, oder welche sich nicht im Vollgenusse der bürgerlichen Ehre befinden.

**Orgel-Verkauf.** Für die evangelisch-lutherische Kirche zu Wollstein wird eine neue Orgel gebaut, die nach dem betreffenden Kontrakte am 1. Septbr. c. vollendet übergeben werden soll, weshalb die alte Orgel, welche seit 32 Jahren im Gebrauch steht, bis zum 1. Juni c. abgenommen werden muß. Dieselbe zählt überhaupt 18 Register, von denen 5 Pedal- und 10, größtentheils aus Zinn gefertigte Manual-Register noch völlig brauchbar sind. Dieses Orgelwerk, welches in einer kleineren Kirche, als die zu Wollstein, noch manches Jahrzehnt benutzt werden könnte, wird zum Verkauf ausgedoten vom Gemeinde-Kirchenrath zu Wollstein.

Hierzu eine Beilage, enthaltend die Konzession und Statuten der Nord-Britischen und merkantilen Versicherungs-Gesellschaft zu Edinburg und London.

**B e i l a g e**  
zum Amtsblatt  
**der Königlichen Regierung zu Breslau.**

**Concession**

zum

Geschäftsbetriebe in den Königl. Preuss. Staaten für die **Nord-Britische und mercantile Versicherungs-Gesellschaft**  
(North British and Mercantile Insurance Company) zu Edinburgh und London.

Der unter der Firma:

**„Nord Britische und mercantile Versicherungs-Gesellschaft“**  
(„North British and Mercantile Insurance Company“)

in Edinburgh und London domicilirten Actien-Gesellschaft, welche sich gründet auf die Statuten vom 2. November 1809, den Nachtrag vom 4. Mai 1824, das Königliche Privilegium vom 6. Februar 1824 und die Parlaments-Acten vom 3. Juli 1860 und 30. Juni 1862 wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten hiermit unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

1. Jede Veränderung der bei der Zulassung gültigen Statuten muß bei Verlust der Concession angezeigt und, ehe nach derselben verfahren werden darf, von der Preussischen Staatsregierung genehmigt werden.  
Die Verschmelzung mit einer anderen Versicherungs-Gesellschaft oder der Ankauf der Gesamt-Geschäfte einer anderen Versicherungs-Gesellschaft bedarf, ebenfalls der Genehmigung der Preussischen Staatsregierung.
2. Die Veröffentlichung der Concession, der Statuten bezüglich eines vom Polizei-Präsidium hier selbst zu bestimmenden Auszugs und der etwaigen Aenderungen derselben erfolgt in den Amtsblättern derjenigen Königlichen Regierungen, in deren Bezirken die Gesellschaft Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.
3. Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Haupt-Niederlassung mit einem Geschäfts-Local und einem dort domicilirten Generalbevollmächtigten zu begründen.

Derselbe ist verpflichtet, derjenigen Königlichen Regierung in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungsberichte und der Generalbilanz der Gesellschaft eine ausführliche Uebersicht der im verfloffenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen.

In dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen befindliche Aktivum von dem übrigen Aktivum gesondert aufzuführen.

Die Bilanz und die Uebersicht sind alljährlich durch den Staats-Anzeiger auf Kosten der Gesellschaft bekannt zu machen. Für die Richtigkeit der Bilanz und der Uebersicht, sowie der von ihm geführten Bücher einzustehen, hat der Generalbevollmächtigte sich persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zureichender Sicherheit zum Vortheile sämmtlicher inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder auf den der Preussischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen u. zur Einsicht vorlegen.

4. Durch den Generalbevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Gesellschaft mit den Inländern abzuschließen.

Die Gesellschaft hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Versicherten, entweder in dem Gerichtsstande des Generalbevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Beklagte Recht zu nehmen, und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungspolice ausdrücklich auszusprechen. Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren, mit Einschluß des Obmannes, Preussische Unterthanen sein.

Die vorliegende Concession kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ernesse der Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Uebrigens ist durch diese Concession die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in den Preuss. Staaten nicht gegeben, sondern dazu bedarf es in jedem einzelnen Falle der besonders nachzuforschenden landesherrlichen Erlaubniß.

Berlin, den 4. Dezember 1863.

(L. S.)

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten:

(gez.) **Graf v. Tschuplik.**

Der Minister des Innern:

(gez.) **Graf zu Eulenburg.**

## E x t r a c t

aus dem Theilnehmungs- (Gesellschafts-) Vertrag vom 3. April 1824.

Zu Edinburgh am 3. April 1824, in Gegenwart der Raths- und Gerichts-Vorbs, erschienen Bevollmächtigte der nachbenannten und bezeichneten Parteien und reichten den unterschriebenen Theilnehmungsvertrag mit dem Wunsche ein, daß derselbe in Ihrer Vorbschaft Bücher gesetzmäßig eingetragen werden möge. Die gedachten Vorbs fanden diesen Wunsch begründet und verordneten, daß also mit dem Vertrage geschähe, dessen Inhalt folgender ist:

Die nachbenannten Personen haben in Anbetracht, daß Versicherungen gegen Verluste durch Feuer nützlich für das Gemeinwesen und vortheilhaft für die betreffenden Individuen sind, daß bis jetzt in Schottland keine Versicherungs-Gesellschaft auf einer breiten und volksthümlichen Grundlage gebildet worden ist, und in der Ueberzeugung, daß eine solche Gesellschaft, welche einen beträchtlichen Theil der angesehenen Gutsbesitzer, sowie Kaufleute und begüterten Leute in den verschiedenen Theilen des Landes in sich faßt, geeignet ist, durch ihr Beispiel und ihren Einfluß diese Art des Schutzes in ausgedehnterem Maaße nützlich zu machen, als dies je der Fall gewesen, demgemäß beschloffen, unter sich eine Versicherungs-Gesellschaft gegen Verluste und Schaden durch Feuer unter Festsetzung und unter den Bedingungen der unterschriebenen Artikel zu bilden.

I. Die gedachte Gesellschaft oder das Theilnehmungs-Geschäft soll unter dem Namen  
**„Nordbritische Versicherungs-Gesellschaft“**

bekannt sein und soll ihren Anfang haben von und nach dem 11. November 1809, ohne Rücksicht auf die am Schluß enthaltenen Daten \*) u. s. w.

14. Es soll in der Macht der Präsidenten und Directoren liegen, solche Nebenverordnungen, Vorschriften und Einrichtungen zu treffen, welche sie für die Führung des gedachten Geschäfts für angemessen erachten und sollen sie dieselben in die Gesellschaftsbücher eintragen, vorausgesetzt, daß solche Nebenverordnungen, Vorschriften und Einrichtungen mit den Artikeln dieses Vertrages im Einklange stehen, und dieselben behufs der Zustimmung oder Verwerfung der ersten General-Versammlung der Gesellschaft vorgelegt werden.

17. Vom Martinstag des Jahres 1809 ab und so lange die bei der gedachten Gesellschaft Versicherten die festgesetzten Prämien ihrer Versicherung an die Gesellschaft zu der, in der oder in den Policen festzusetzenden Zeit, regelrecht zahlen oder zahlen lassen und die zeitigen Präsidenten und Directoren der Gesellschaft oder die zeitige beschlußfähige Anzahl derselben diese Prämien anzunehmen geneigt sind, sollen das Grundkapital oder die Fonds der Gesellschaft verpflichtet und gehalten sein, den gedachten Versicherten, ihren Erben, Vollstreckern und Nachfolgern allen Schaden und Verlust zu vergüten, welchen sie an dem in der gedachten Police bezüglich Policen zu erwähnenden Eigenthum erleiden und der nicht die darin versicherte Summe oder Summen, welche darin nach Maßgabe der den gedachten Policen gleichzeitig beigegebenen gedruckten Bedingungen zu bezeichnen sind, übersteigt; wobei besonders bemerkt wird, daß es hierdurch ausdrücklich vereinbart und erklärt wird und daß der wahre Inhalt und die Bedeutung dieses Artikels ist, daß das Grundvermögen und die Fonds der Gesellschaft allein für die Ansprüche auf dieselben aufzukommen haben, welche auf Grund der ertheilten Versicherungspolice oder Policen, oder irgend welches Contracts oder der Contracte, welche durch die zeitigen Präsidenten und Directoren oder die beschlußfähige Anzahl derselben eingegangen sind, erhoben werden können. Kein Mitglied oder Theilnehmer der Gesellschaft soll für irgend welche Forderungen an die Gesellschaft in irgend welcher Beziehung oder irgend einem Vorwande, über seinen Antheil an dem Grundkapital oder den Fonds der Gesellschaft hinaus verbindlich sein u. s. w.

## E x t r a c t

aus dem Theilnehmungs- (Gesellschafts-) Vertrag vom 4. Mai 1824.

Sämmtliche Parteien dieser Urkunde, welche in der Schluß-Klausel derselben genannt und bezeichnet sind, haben in fernerer Erwägung, daß in Folge des sehr günstigen Standes des besagten Unternehmens die Directoren nach reiflicher Ueberlegung es in den Jahren 1822 und 1823 für vortheilhaft erachteten, die Geschäfte auf Ver-

\*) oder mit andern Worten: der thatsächlich schon am 11. November 1809 geschlossene Gesellschaftsvertrag wurde durch diesen Vertrag (am 3. April 1824) behufs Erlangung eines Königlichem Privilegii formell legalisirt.



sicherungen des Lebens, Ueberlebender, Ausstattungen und auf die Ertheilung und den Ankauf von Renten auszudehnen, wie durch den Vertrag vorgesehen war, und demgemäß diese Ausdehnung den Eigenthümern anempfehlen, worauf dieselbe denn auch in der am 25. April 1823 abgehaltenen Versammlung, welche zuvor nach den Vorschriften des Theilnehmungsvertrages bekannt gemacht war, auf Grund des einstimmigen Beschlusses der in dieser Versammlung anwesenden und vertretenen Mitglieder wirklich erfolgte

genehmigt, gebilligt und bestätigt, den vorbesagten Theilnehmungsvertrag in allen seinen Bestimmungen, Artikeln und Klauseln; ebenso wie auch sämtliche Verhandlungen und Beschlüsse der Directoren und Eigenthümer der besagten Gesellschaft und Corporation sämtliche Nebenverordnungen, Festsetzungen und Anordnungen behufs deren Ausführung, welche von Zeit zu Zeit gegeben und erlassen und jetzt beobachtet werden u. s. w.

## A c t e,

### betreffend die Verbesserung und Erweiterung der Verwaltungs-Rechte der Corporation der Nordbritischen Versicherungs-Gesellschaft vom 3. Juli 1860.

Nachdem durch Theilnehmungs-Vertrag vom 2. November 1809 und folgenden Tagen, welcher in die Raths- und Sessionsbücher unter dem 3. April 1824 von Neuem eingetragen ist, die in demselben genannten und bestimmten Personen sich entschlossen eine Gesellschaft zu bilden, welche am 11. November 1809 unter dem Namen und der Bezeichnung:

#### „Die Nordbritische Versicherungs-Gesellschaft“

zur Versicherung gegen Verluste und Schaden durch Feuer ins Leben trat, mit der Berechtigung, später ihre Geschäfte dahin zu erweitern, daß auch das Leben, Ueberlebende und Ausstattungen versichert und daß Leibrenten bewilligt und angekauft werden könnten, welches Recht demgemäß von der gedachten Gesellschaft auch ausgeübt wurde u. s. w.

Da es endlich angemessen erscheint, daß die Zahl und der Nominalwerth der Actien des Corporations-Capitals geändert und der Corporation das Recht zugestanden werde, ihre Geschäfte nach Ost-Indien, nach Ihrer Majestät Colonien, den abhängigen Staaten und anderweit außerhalb des Reichs auszudehnen und Capital-Anlagen in jenen Ländern zu machen, und daß die Rechte der Directoren, welche die Geschäfte der Corporation verwalten und leiten, verbessert und erweitert werden, diese verschiedenen Zwecke aber ohne die Autorität des Parlaments nicht erreicht werden können: so möge es aus diesen Gründen Ew. Majestät gefallen dies zu beschließen, möge es beschlossen werden durch der Königin erhabenste Majestät durch und mit dem Rath und der Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und Gemeinen, welche in dem gegenwärtigen Parlament versammelt sind und durch die Autorität desselben wie folgt:

1. Diese Acte soll für alle Zwecke bezeichnet werden:

„die Nordbritische Versicherungs-Gesellschafts-Acte von 1860.“

3. Die folgenden Worte und Ausdrücke, bezeichnen die ihnen hiermit gegebenen Begriffe, wenn nicht der Gegenstand oder der Zusammenhang einer derartigen Auslegung etwa entgegen steht: das Wort „Ländereien“ bezeichnet Ländereien, Häuser, Pachtungen, erbliche Leihgüter jeder Art, die Ausdrücke: „Gesellschaft“ und „die Corporation“ bezeichnen die Nordbritische Versicherungsgesellschaft;

Die Ausdrücke „die Directoren“ und „das Directorium“ bezeichnen die zeitigen ordentlichen Directoren der Gesellschaft zu Edinburgh, die Worte „Geschäftsführer“ und „Secretair“ bezeichnen den zeitigen Geschäftsführer resp. Secretair der Gesellschaft zu Edinburgh. Die Worte „Actionair“ und „Mitglied“ bezeichnen einen Actionair der Gesellschaft und ein Mitglied der Corporation der Nordbritischen Versicherungs-Gesellschaft, zugleich auch seinen gesetzlichen Vertreter. Bezüglich eines solchen Actionairs oder Mitgliedes werden Ausdrücke, welche eigentlich nur auf eine Person anwendbar sind, als auf eine Gesellschaft und Corporation, angewendet, angesehen werden.

4. Zweck und Geschäft dieser Corporation besteht darin, Versicherungen abzuschließen oder zu bewirken gegen Verlust und Schaden durch Feuer an Häusern, Speichern und andern Gebäuden, Hausgeräthen, Gütern, raufmännischen Waaren, Schiffen und Fahrzeugen, welche im Hafen oder im Dock liegend im Van begriffen sind oder schiffbare Kanäle befahren, landwirthschaftlichen Inventarien und allem andern Grund- und beweglichen Eigenthum nach dem Gutachten der Directoren ebenso Versicherungen abzuschließen oder zu bewirken auf das Leben und für Ueberlebende, zu kaufen und zu verkaufen, directe, zufällige und aufgeschobene Jahresrenten, Leibrenten, anwartschaftliche, zufällige und hintenangesetzte Rechte und Interessen, Ausstattungen zu bewilligen, für Wittwen zu

sorgen, Geldanlagen zu machen, Darlehne zu gewähren, kurz alle Geschäfte einer Feuer- und Lebensversicherungs-, Anwartschafts- oder Bürgschaftsgesellschaft auszuführen.

Die Corporation ist berechtigt diese Geschäfte auf das vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland, auf Ost-Indien, Ihrer Majestät Colonien und abhängige Staaten außerhalb des Reiches und auf fremde Länder und Staaten zu übertragen.

5. Die Directoren dürfen von Zeit zu Zeit bestimmen, in welchem Verhältniß sämtliche Ausgaben der Corporation, den verschiedenen Abtheilungen, resp. der Lebens- und Feuerversicherungs-Geschäfte aufzuerlegen sind, und (nach Zustimmung der Actionaire in einer jährlichen oder einer außerordentlichen General-Versammlung) in welchem Verhältniß der reine Gewinn oder der Ueberschuß, welcher bei der Lebensversicherung hervortreten mag (nach Abzug der Kosten), zur Vertheilung unter diejenigen Personen zu verwenden ist, welche bei der zur Theilnahme berechtigten Abtheilung versichert sind. Auch setzen sie fest und bestimmen die Regeln, den Modus, die Bedingungen und die Perioden einer solchen Vertheilung.

13. Die Bücher der Corporation sollen zum Abschluß gebracht werden am 31. December jeden Jahres. Eine regelmäßige General-Versammlung der Mitglieder der Actionaire der Corporation soll jährlich stattfinden, dieselbe wird am ersten Montag des Monats März zu derjenigen Stunde abgehalten, welche von den zeitigen Directoren festgesetzt wird.

Dieser Versammlung ist vorzulegen ein Bericht oder Auszug über den Stand der Geschäfte der Corporation, während des Jahres, welches mit dem 31. December seine Endschafft erreicht. Dieser Bericht oder Auszug über die Geschäfte der Corporation muß vor der General-Versammlung zunächst noch durch die Directoren oder deren beschlußfähige Anzahl ordnungsmäßig geprüft, festgestellt und unterzeichnet werden.

22. Dem Directorium steht geschlich zu, von Zeit zu Zeit eine Anzahl von Personen, oder eine bestimmte Person oder Personen zu ernennen, welche wohnen oder sich aufhalten an einem Ort oder in Orten von Großbritannien oder Irland, Ost-Indien, Ihrer Majestät Colonien oder Besitzungen außerhalb des Reiches oder in einem fremden Lande oder Staate, gleichviel ob sie Actionaire sind oder nicht, um Sub-Directionen oder Agenten für die Corporation zu bilden oder zu sein, in der Absicht alle oder einen der Gegenstände, Zwecke oder Geschäfte derselben bei oder in solchen Plätzen oder anders zu verfolgen oder zu befördern, ferner solche oder so viele Secretaire, Inspectoren, Gehülfen, andere Beamte zu ernennen, welche unter einer oder für eine solche locale Subdirection arbeiten als die Directoren es für angemessen erachten; ferner aufzustellen und zu erlassen, Vorschriften, Nebenverordnungen und Festsetzungen für die Führung und Leitung solcher Localverwaltungen, resp. für die Agenten, Secretaire, Inspectoren, Gehülfen, Beamten oder einen von ihnen ferner sie für ihre betreffenden Dienste, nach dem Maasstabe und in der Weise zu bezahlen, wie dies den Directoren angemessen erscheint, ferner von Zeit zu Zeit zu entlassen und zu ernennen Local-Verwaltungen oder eins der Mitglieder derselben, oder Agenten, Secretaire, Inspectoren, Gehülfen und Beamte, endlich anzuvertrauen oder zu übertragen, jeder oder einer solchen Local-Verwaltung oder einem Agenten alle oder irgend eins der Rechte der Directoren mit denjenigen Einschränkungen, welche sie in diesem Falle für nöthig und rathsam halten.

23. Die zeitigen Directoren haben das Recht zu behalten oder zu ernennen einen Geschäftsführer, Secretair, Rechnungsbeamten, Kassirer und solche andere Verwaltungs-Beamte, Gehülfen, Agenten oder andere, welche ihnen für die eigene Leitung und Geschäftsführung der Corporation nothwendig erscheinen.

24. Alle Quittungen über Versicherungs-Prämien oder andere jährliche oder periodische Zahlungen an die Corporation werden unterzeichnet von zwei Verwaltungsbeamten im Namen der Corporation oder der Person oder Personen, welche besonders durch Protokoll der Directoren zur Unterzeichnung ermächtigt sind. Alle Hypotheken und andere Versicherungen von Grund- und beweglichem Vermögen und Eigenthum, alle Versicherungs-Policen, Verschreibungen, Verträge und andere Urkunden oder formelle Schriften, welche durch die Corporation zu vollziehen sind, müssen durch zwei Directoren, dem Geschäftsführer und dem Secretair unterzeichnet und vollzogen werden.

27. Die Directoren haben zu veranlassen, daß die Bücher und Rechnungen der Corporation in derjenigen Form geführt werden, welche ihnen am passendsten erscheint, um eine sorgfältige und klare Uebersicht über die Geschäfte der Corporation zu erhalten, insbesondere, daß die Fonds und Geschäfte der Corporation in den beiden bestimmten Abtheilungen der Feuer- und Lebens-Versicherung getrennt von einander geführt werden.

28. Das Capital der Corporation, soweit dasselbe nicht in Anspruch genommen wird, um die unmittelbaren Aufforderungen an die Corporation und die Ausgaben derselben zu befriedigen, kann von den Directoren ausgeliehen und angelegt werden, entweder im Namen der Corporation oder von Bevollmächtigten, welche von den Directoren für die Corporation ernannt werden, durch Ankauf von Ländereien oder Interessen an Ländereien, Lehnabgaben, Grundzinsen und Grundrenten, durch Verleihung auf Sicherheiten oder Hypotheken von Ländereien in Großbritannien oder Irland, durch Ankauf oder Verleihung von Actien und Policen der Gesellschaft, öffentlichen oder Staatspapieren von Großbritannien oder Irland, oder irgend einer andern

erblichen oder beweglichen Grund- oder persönlichen Sicherheit, in deren Besitz oder Anwartschaft sich Jemand befindet in irgend einem Theile von Großbritannien oder Irland, wie es den Directoren recht und angemessen erscheint, oder auf Hypotheken oder Sicherheiten für irgend-welche Leistungen, Abgaben und anderen Besitz, welche entstehen oder sich befinden in dem vereinigten Königreich, ferner ist anzunehmen von einer Person oder Corporation eine Hypothek von oder eine andere Sicherheit auf solche Ländereien oder solche Leistungen, Abgaben oder anderes Eigenthum als eine Sicherheit für die Rückzahlung des von Zeit zu Zeit fälligen und von der Corporation herrührenden Geldes mit der Berechtigung, für die Directoren zu leihen und vorzuschießen der Corporation gehöriges Geld auf Hypothek oder Sicherheit von Ländereien, oder Interesse von Ländereien, oder anderem Grundeigenthum in Ost-Indien oder in den britischen Colonien und abhängigen Staaten, innerhalb deren die Directoren es für geeignet erachtet haben mögen, eine Agentur oder eine Geschäftsabtheilung zu errichten, ebenso zu leihen und vorzuschießen, solches Geld auf die Sicherheit von Staatspapieren solcher Länder, in deren Besitz oder Anwartschaft sich Jemand befindet, oder auf Hypotheken, Schuldverschreibungen oder Prioritäts-Actien einer Eisenbahn-Gesellschaft des vereinigten Königreiches, welche auf ihre gewöhnlichen Actien oder ihr Kapital Dividende bezahlt, oder auf eine ostindische Eisenbahn-Gesellschaft, welche durch den Staat garantirt ist, wenn sie den zeitigen Directoren sicher und rathsam erscheint.

29. Es soll gesetzlich für die Corporation sein, von Zeit zu Zeit aus den der Corporation gehörenden Geldern Renten zu kaufen auf das Leben einer Person oder von Personen, wo es auch sei, oder auf Jahre, welche nach den Sterbefällen einer oder mehrerer Personen zu bestimmen sind, mit oder ohne Ueberlebenschaft, mit oder ohne Recht der Ablösung von Seiten des Verleiher's, welche jedoch herrühren oder gesichert sein müssen durch irgend welche Ländereien innerhalb des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland in jeglicher Beschaffenheit oder Eigenschaft, sei es als einfaches freies Lehn oder als Sicherheit oder unter Anwartschaft oder für irgend ein geringeres oder anderes Vermögen.

31. Das es mit Unzuträglichkeiten verbunden sein würde, wenn alle Uebertragungen von Actien und Ueberweisungen von Policen nach den Formen eines jeden einzelnen Landes ausgeführt werden sollten, so sollen deshalb alle Uebertragungen von Actien und alle Ueberweisungen von Policen der Corporation gültig und wirksam sein, wenn sie angefertigt und aufgestellt sind nach dem gewöhnlichen Modus der Aufertigung und Ausstellung derartiger Documente, sei es in Schottland oder in England, oder in den Ländern, wo sie aufgestellt werden sollen. Jede solche Uebertragung kann in der folgenden Form geschehen.

„Ich \_\_\_\_\_ zu \_\_\_\_\_ übertrage hierdurch in Ansehung der Summen von \_\_\_\_\_, welche mir gezahlt ist durch \_\_\_\_\_ zu \_\_\_\_\_ dem Genannten \_\_\_\_\_ Actie (oder Actien) des incorporirten Unternehmens: „die Nordbritische Versicherungs-Gesellschaft,“ welche unter meinem Namen in den Büchern der Gesellschaft zum Besitz des genannten \_\_\_\_\_ sowie seiner Vollstrecker, Verwalter und Bevollmächtigten unter denselben Bedingungen, unter denen ich dieselbe zur Zeit der Ausstellung dieses inne gehabt habe, und ich der genannte \_\_\_\_\_ willige hierdurch ein, die genannte Actie (oder Actien) unter denselben Bedingungen zu übernehmen.“

(Folgt die bescheinigende Klausel je nach der Gesetzes-Form) u. s. w.

## A c t e,

die Autorisation der „Nordbritischen Versicherungs-Gesellschaft“ zur Vermehrung ihres Grundkapitals und andere Zwecke betreffend, vom 30. Juni 1862.

Nachdem die Nordbritische Versicherungs-Gesellschaft (in der vorliegenden Acte Corporation genannt), als eine Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft durch einen Theilnehmens-Vertrag vom 2. November 1809 und folgenden Tagen errichtet, und unter dem Namen die „Nordbritische-Versicherungs-Gesellschaft,“ durch Königlich Privilegium vom 6. Februar 1824 incorporirt war,

da ferner in Folge eines bedeutenden Brandes in London im Sommer des Jahres 1861 die größeren Feuer-Versicherungs-Gesellschaften gleichzeitig sich vereinigten, die Prämien für Feuers-Gefahr der Londoner Waaren auf einen hohen Betrag zu erhöhen, da ferner verschiedene Kaufleute und Andere, welche große kaufmännische Geschäfte in London betrieben, der Meinung waren, daß die Erhöhung der Prämie durch die Umstände nicht gerechtfertigt sei, und es daher für wünschenswerth hielten, daß eine neue Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in London errichtet würde, und sie demgemäß eine neue Versicherungs-Gesellschaft mit Anderen errichteten unter dem Namen „The Mercantile Fire Insurance Company“ (Mercantile Feuer-Versicherungs-Gesellschaft), mit einem bedeutenden gezeichneten Kapital, dessen Actien zum großen Theil von Londoner Kaufleuten übernommen wurden;

da ferner die neue Gesellschaft specielle Tarife der Feuer-Versicherungs-Prämien bei Feuersgefahr für Londoner Waaren feststellte, welche unter die durch die größeren Feuer-Versicherungs-Gesellschaften in dieser Weise gesteigerten Tarife beträchtlich heruntergingen, woraus das Publicum einen großen Vortheil zog, da ferner die Corporation und die neue Gesellschaft, als sie in Verbindung mit einander getreten waren, zu der Ueberzeugung kamen, daß insofern, als die Corporation Willens war, die durch die neue Gesellschaft festgesetzten speciellen Tarife für Gefahren bei den Londoner Kaufwaaren zu adoptiren, dann die Zwecke beider Theile besser würden, erreicht werden, wenn, anstatt, daß die neue Gesellschaft als ein besonderes Unternehmen bestehen bliebe, das Capital der Corporation verdoppelt, die Actien des neu hinzugekommenen Capitals durch die Actionaire und deren Gesellschaft übernommen und die Geschäfte der neuen Gesellschaft der Corporation übertragen werden würden;

da ferner die Corporation und die neue Gesellschaft demgemäß übereinkamen, ihre gegenseitigen Interessen zu verbinden und die neue Gesellschaft darin willigte, daß ihre Geschäfte der Corporation übertragen würden, und Anordnung zu ihrer eigenen Auflösung und Abwicklung ihrer Geschäfte und dafür traf, daß von ihr Actien der Corporation genommen wurden;

da endlich der Zweck dieser Acte ohne die Ermächtigung des Parlaments nicht erreicht werden kann, so möge es aus diesen Gründen Ew. Majestät gefallen, sie zu bestätigen, möge sie bestätigt werden durch der Königin erhabenste Majestät, durch den oder mit dem Rath und der Zustimmung des geistlichen und weltlichen Lords und der Gemeinen, welche im gegenwärtigen Parlament versammelt sind, und durch die Ermächtigung derselben wie folgt:

1. Diese Acte soll für alle Zwecke heißen: *The North British and Mercantile Insurance Company's Act 1862.* (Nordbritische und Mercantile Versicherungs-Gesellschafts-Acte 1862.)

2. Die folgenden Worte und Ausdrücke in der vorliegenden Acte haben folgende Bedeutung, wenn sie nicht durch den Gegenstand oder den Inhalt ausgeschlossen ist: der Ausdruck „Generalhof“ bezeichnet die Haupt-Verwaltung oder das ganze Directorium der Corporation; der Ausdruck „Edinburger Verwaltung“ bezeichnet diejenigen Directoren, deren Versammlung zum Zweck der Leitung der Corporations-Geschäfte in Edinburg, der Ausdruck „Londoner Verwaltung“ diejenigen Directoren, deren Versammlung zum Zweck der Leitung der Corporations-Geschäfte in London abgehalten werden müssen.

3. An und nach dem dritten Mittwoch, nach Erlaß dieser Acte soll die Corporation statt die „Nord-britische Versicherungs-Gesellschaft“ die Nordbritische und Mercantile Versicherungs-Gesellschaft heißen, auch sollen die angeführten Theilnehmungs-Verträge, das königliche Privilegium, „die Acte von 1860“ und alle andern Parlaments-Acte, königlichen Privilegien und Vorträge, alle Policen, Vergleiche, Verpflichtungen und andere Instrumente jeglicher Art, in welchem die Corporation bei oder mit ihrem ursprünglichen Namen die „Nordbritische Versicherungs-Gesellschaft“ genannt oder in Bezug genommen ist, so angesehen werden und dieselbe Wirkung haben, als wäre sie darin bei oder mit ihrem durch diese Acte beigelegten Namen, die „Nordbritische und Mercantile Versicherungs-Gesellschaft“ genannt und in Bezug genommen.

9. Von Erlaß dieser Acte ab und später soll das Stammcapital der Corporation 2 Millionen Pfund betragen, getheilt in 40,000 Actien zu je 50 Pfd.

10. Das Capital der Corporation, das Eigenthum daran und die Actien der Theilnehmer sind und sollen angesehen werden als persönliches oder bewegliches Eigenthum und nicht als Grund oder erklisches Vermögen, in welcher Weise dasselbe auch angelegt sein mag und ungeachtet aller Rechte auf Grundvermögen, welche die Corporation erwerben oder besitzen mag, unter der Bedingung, daß nach Erlaß dieser Acte Niemand berechtigt sein soll, eine gegenwärtige oder zukünftige Actie des Corporations-Capitals zu übertragen, wenn er nicht die Genehmigung entweder der Edinburger oder der Londoner Verwaltung zu dieser Uebertragung erhielt.

11. Die verschiedenen Personen, welche von Zeit zu Zeit die Inhaber der Actien des neuen Stammcapitals der Corporation von 2 Millionen Pfund nach Maßgabe dieser Acte sind, sollen zusammen die Actionaire der Corporation bilden, den Pflichten und Verbindlichkeiten der Actionaire der Corporation unterworfen und im Verhältniß der Beträge, welche von Zeit zu Zeit wirklich eingezahlt werden, oder nach Maßgabe dieser Acte auf ihre betreffenden Actien als eingezahlt angesehen werden sollen, zu den Rechten und Privilegien der Actionaire der Corporation berechtigt sein.

15. Die Zahl der Actien, welche die Directoren zu Gunsten der Corporation übernehmen und halten dürfen, soll 1600 Actien zu je 50 Pfd. und nicht mehr betragen.

16. Ausgenommen nur diejenigen Fälle, welche durch diese Acte anderweitig ausdrücklich angesehen sind, sollen die Corporation und der Generalhof gleiche Rechte, Machtvollkommenheiten, Befugnisse, Pflichten, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten in Bezug auf das Stammcapital der Corporation von 2 Millionen Pfund, die Actien, die Actionäre und ihre gesetzlichen Vertreter haben, welche, falls diese Acte nicht ergangen wäre, die Corporation ihre Directoren, Subdirectoren nach der Acte von 1860 in Bezug auf das Stammcapital der Corporation von 1 Million Pfund, die Actien, die Inhaber dieser Actien und ihre gesetzlichen Vertreter haben würden. Die

Bestimmungen der Abschnitte 6—9 incl. 11 und 12, 34—36 incl. und 45 gelten entsprechend für die Corporation, den Generalhof, das Stammcapital der Corporation von 2 Millionen Pfund, deren Actien, Inhaber dieser Actien und ihrer gesetzlichen Vertreter.

17. Die Anzahl der Directoren der Corporation soll 24 betragen, diese sollen den Generalhof bilden, 12 von ihnen und ihre betreffenden Nachfolger sollen die Verwaltung zu Edinburgh, die andern 12 von ihnen und ihre betreffenden Nachfolger die Verwaltung zu London bilden.

18. Die Eigenschaft eines Directors wird dadurch bedingt, daß er 40 Actien zu je 50 Pfd. des Stammcapital der Corporation übernimmt.

23. Der Generalhof soll die Oberaufsicht und das Recht der Controlle haben über die Vorgänge in der Londoner und Edinburgher Verwaltung und soll allein das Recht haben, von Zeit zu Zeit die Hauptprincipien zu reguliren, nach welchen, und die Plätze an welchen die Geschäfte der Corporation ausgeführt werden sollen, die bestehenden Nebenverordnungen zu ändern und aufzuheben und (mit Zustimmung der Actionaire) neue zu geben und überhaupt die bestehenden Regeln für den allgemeinen Geschäftsbetrieb der Corporation zu ändern oder zu verbessern.

30. Die Edinburgher und Londoner Verwaltungen sollen hinsichtlich aller Geschäfte und Gegenstände innerhalb ihres Verwaltungs-Bezirks (deren Grenzen, wo es nöthig ist, vom Generalhof zu bestimmen sind) alle Rechte der Corporation ausüben, ausgenommen diejenigen, welche den General-Versammlungen der Actionaire und dem Generalhof zustehen.

35. Von Zeit zu Zeit wird eine außerordentliche General-Versammlung der Actionaire entweder in Edinburgh oder in London abgehalten werden, je nachdem dies von den Actionairen oder Directoren, welche den General-Geschäftsführer um Berufung der Versammlung ersuchen, gewünscht wird.

37. Die angeführten Theilnehmungsverträge, das königliche Privilegium und die Acte von 1860, soweit dieselben unmittelbar vor dem Erlaß dieser Acte in Kraft waren, ausgenommen nur insofern einer der Artikel, Klauseln oder Vorschriften derselben im Widerspruch oder unvereinbar mit den Vorschriften dieser Acte ist, sollen in voller Kraft und Wirkung sein und bleiben.

38. Keine der Bestimmungen dieser Acte soll die Corporation von Beachtung der Vorschriften einer allgemeinen Acte entbinden, welche während der gegenwärtigen oder einer zukünftigen Session des Parlaments ergeht, und welche sich auf Versicherungs-Gesellschaften, welche vor ihrem Erlaß schon bestanden, bezieht.



# North British and Mercantile, Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in London und Edinburg, gegründet im Jahre 1809,

versichert gegen **Feuerschaden** unter festen und billigen Prämien. Sie vergütet jeden Schaden, der durch Feuer, Blitzschlag, Gasexplosion oder beim Retten versicherter Gegenstände entstanden. Sie gewährt den landwirthschaftlichen und Fabrik-Etablissements besondere Vortheile, und stellt die Rechte der Hypotheken-Gläubiger auf jede Weise sicher.

Sie versichert **Kapitalien** und **Renten** mit oder ohne Gewinn-Antheil auf den Todes- und Lebensfall, so wie auf bestimmte Zeit. Sie übernimmt Versicherungen auf das Leben **dritter** Personen und endlich gehört ihre Tabelle für **Kinderversorgung** zu der billigsten.

Für die Solidität der Gesellschaft giebt deren langes Bestehen, das bedeutende Actien-Kapital und endlich der überaus große Reservefonds die sicherste Bürgschaft.

Das Actien-Kapital beträgt	Thlr.	13,333,000,
der jährliche Umsatz	do.	„ 2,816,000,
der Reservefonds	do.	„ 14,152,000.

Laut vorstehender Concessionsurkunde ist die Gesellschaft zum Betrieb für das Königreich Preußen zugelassen, und hat die Verpflichtung übernommen, sich in allen Streitigkeiten dem Urtheile der Preussischen Gerichte zu unterwerfen.

Das Domizil des General-Bevollmächtigten für Preußen befindet sich in Berlin, doch sind über das ganze Königreich in jedem bedeutenderen Orte Agenten angestellt, die bereitwillig über alles Nähere Auskunft ertheilen und Versicherungsanträge vermitteln.

**Von Plätzen, an welchen noch keine Agenten ernannt sind, werden Offerten zur Uebernahme der Agentur gern angenommen.**

Bureau in Berlin,  
Hörse, Neue Friedrichsstraße, Eingang Chorweg.

Reinach,  
General-Bevollmächtigter.